

BAD WALDSEE

Untersuchungsergebnisse für „Altstadt III“ vorgestellt

 LESEDAUER: 5 MIN



Das Sanierungsgebiet erstreckt sich vom Wohngebiet entlang der Biberacher Straße bis hoch zum Bahnhofsareal. (Foto: Anja Ehrhartsmann)

24. Januar 2017

SCHWÄBISCHE ZEITUNG



ANJA EHRHARTSMANN

Die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung des Sanierungsgebiets „Altstadt III“ sind jüngst in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik vorgestellt worden. Projektleiterin Diana Jeske von der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH präsentierte dem Gremium den Ergebnisbericht für das 4,4 Hektar große Gebiet, welches das Bahnhofsareal, das Wohngebiet entlang der Biberacher Straße,

Uferweg, Schwanenberg, Am Hirschkeller und das ehemalige Finanzamtsgebäude mit einschließt.

Bad Waldsee wurde mit dem Gebiet „Altstadt III“ 2015 in das Bund-Länder-Förderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ aufgenommen. Der Förderrahmen wurde mit 7,58 Millionen Euro kalkuliert. Für mögliche Sanierungen – sowohl im öffentlichen wie auch privaten Raum – sehe das Bund-Länder-Förderprogramm aktuell einen Förderrahmen von 3,17 Millionen Euro vor: 60 Prozent davon entfallen an Bund und Land, was 1,9 Millionen Euro an reinem Zuschuss entspricht. Die weiteren 40 Prozent, rund 1,27 Millionen Euro, sind kommunaler Eigenanteil. Ein Antrag auf Aufstockung des Förderrahmens um 4,42 Millionen Euro wurde im vergangenen Oktober beim Regierungspräsidium Tübingen gestellt.

Um die Bürger zu beteiligen, seien private Eigentümer, Mieter und Pächter unter anderem zum Untersuchungsgebiet, Gebäudezustand und Nutzung befragt worden. Die Rücklaufquote der Fragebögen lag bei 47 Prozent, was einen vergleichsweise hohen Wert darstelle, erläuterte Jeske. Eine positive Einstellung zur Sanierung des Gebiets haben 68,4 Prozent signalisiert. Auf Grundlage von 60 Fragebögen gaben rund 58 Prozent an, durch Lärm beeinträchtigt zu sein, jeweils mit 30 Prozent wurden Verschmutzung und Vandalismus angekreuzt – Mehrfachnennungen waren möglich. Als Gründe für Störungen machten 60 Prozent den Straßenverkehr verantwortlich. Als geplante Maßnahme nannten 36 Prozent eine Teilsanierung, rund 26 Prozent wollen eine energetische Verbesserung erreichen, rund 17 Prozent streben eine Gesamtmodernisierung an.

Anhand der erhobenen Daten wurden vorläufige Entwicklungs- und Sanierungsziele abgeleitet wie etwa die Modernisierung und Umnutzung des Bahnhofsgebäudes, die Modernisierung und Nachnutzung des ehemaligen Finanzamtsgebäudes sowie die Aufwertung und Sicherung des Wohnungsbestandes und die Herstellung fehlender Wege. Die Sanierung des Gebiets ist auf zehn Jahre angesetzt, die Frist läuft bis Ende 2027. Die nächsten Schritte seien nach dem Gemeinderatsbeschluss die öffentliche Bekanntmachung der Sanierungssatzung, die Eintragung der Sanierungsvermerke ins Grundbuch sowie die Umsetzung der Sanierungsziele.

Für alle die gleichen Richtlinien

Wieso Gebäude in der Bahnhofstraße auf der gegenüberliegenden Seite des Bahnhofs aus dem Sanierungsgebiet herausgenommen wurden, fragte Karl Schmidberger (SPD). Diese seien neu gebaut und saniert, antwortete Thomas Manz, erster Beigeordneter der Stadt. Ob für das Bahnhofsgebäude, das Privateigentum ist, die gleichen Richtlinien gelten, wollte Bernd Zander (Bündnis 90/Die Grünen) wissen. Manz bejahte. Ob es sich bei den Leerständen um Häuser oder Wohnungen handle und ob ermittelt wurde, warum die Immobilien leer stehen, fragte Zander. „Das haben wir augenscheinlich so wahrgenommen“, antwortete Jeske. „Wir waren in keinem Gebäude drin. Es handelt sich teilweise um Wohnungen und teilweise um

Häuser“, ergänzte Wolfgang Fürst, Leiter Städtebau bei der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH.

Einstimmig ergeht der Beschlussvorschlag an den Gemeinderat, dem Bericht über das Untersuchungsergebnis zuzustimmen und die Satzung über die Festlegung des Sanierungsgebiets zu beschließen.



0 Kommentare

 **Schwäbische**

© Schwäbischer Verlag 2019